

## Kurzprotokoll Nr. 51 vom 10. November 2010

**Vorsitz** Walter Hugentobler, Grossratspräsident, Matzingen  
**Anwesend** 123 Mitglieder  
**Ort** Rathaus Weinfelden

- 1. Amtsgelübde von Kantonsrätin Rosina Maier** (08/WA 43/268). Kantonsrätin Rosina Maier, Gachnang, als Nachfolgerin von Dr. Peter Wildberger, Frauenfeld, legt das Amtsgelübde ab.
- 2. Thurgauische Volksinitiative "Abschaffung der Pauschalbesteuerung - Schweizer und Ausländer gleich behandeln"** (08/VI 8/231) (Gültigkeit und Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung). Die am 20. April 2010 mit 4'240 gültigen Unterschriften eingereichte Volksinitiative verlangt, § 17a Abs. 2 des kantonalen Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) vom 14. September 1992 ersatzlos zu streichen. Die vorberatende Kommission empfiehlt, die Volksinitiative abzulehnen (mit 8:5 Stimmen) und dem Gegenvorschlag zuzustimmen (mit 8:2 Stimmen bei 3 Enthaltungen). Der Rat stimmt der Gültigkeit der Initiative mit grosser Mehrheit zu. Eintreten ist obligatorisch. In der Detailberatung wird dem Gegenvorschlag mit 91:23 Stimmen zugestimmt. Der Rat beschliesst mit 84:29 Stimmen, die Volksinitiative abzulehnen. Das Geschäft geht an die Staatskanzlei, die dem Initiativkomitee eine Frist zum Rückzug der Initiative ansetzt. Wird die Initiative nicht zurückgezogen, wird sie zusammen mit dem Gegenvorschlag dem Volk unterbreitet.
- 3. Thurgauische Volksinitiative "Elternrechte stärken bei der Einschulung ihrer Kinder!"** (08/VI 9/249) (Gültigkeit und Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung). Die am 20. Mai 2010 mit 4'433 gültigen Unterschriften eingereichte Volksinitiative verlangt, § 37 des Gesetzes über die Volksschule vom 29. August 2007 wie folgt zu ändern: Absatz 1: "Die Erziehungsberechtigten entscheiden frei über den Kindergarten-Eintritt ab dem vollendeten vierten oder vollendeten fünften Altersjahr (Stichtag 31. Juli)." Absatz 2: "In der Regel folgt nach zwei obligatorischen Kindergartenjahren die Primarschule." Absatz 3: "Aus wichtigen Gründen kann der Eintritt in die Primarschule um ein Jahr vorgezogen oder hinausgeschoben werden." Die vorberatende Kommission empfiehlt, die Volksinitiative abzulehnen (mit 8:6 Stimmen) und dem Gegenvorschlag zuzustimmen (mit 9:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen). Der Rat stimmt der Gültigkeit der Initiative mit grosser Mehrheit zu. Eintreten ist obligatorisch. In der Detailberatung wird dem Gegenvorschlag mit 103:9 Stimmen zugestimmt. Der Rat beschliesst mit 108:5 Stimmen, die Volksinitiative abzulehnen. Das Geschäft geht an die Staatskanzlei, die dem Initiativkomitee eine Frist zum Rückzug der Initiative ansetzt. Wird die Initiative nicht zurückgezogen, wird sie zusammen mit dem Gegenvorschlag dem Volk unterbreitet.

- 4. Beschluss des Grossen Rates über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung vom 18. Juni 2009 zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (08/BS 30/248) (Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung).** Mit Datum vom 1. Juni 2010 unterbreitet der Regierungsrat dem Grossen Rat die Botschaft betreffend Beitritt des Kantons Thurgau zur Interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen. Eintreten ist bestritten, wird aber mehrheitlich beschlossen. In der Detailberatung wird über die Vereinbarung diskutiert. Der Rat stimmt dem Beschlussesentwurf mit 94:24 Stimmen zu. Das Behördenreferendum kommt mit 13 Stimmen nicht zustande. Der Beschluss unterliegt der fakultativen Volksabstimmung.

*Traktandum 5 nicht behandelt.*

Parlamentdienste des Kantons Thurgau

Zur Veröffentlichung

- im Amtsblatt
- auf Internet <http://www.tg.ch/parlament>